

Der Umbau der Häuser der Genossenschaft freier Gewerkschafter in Trier während der NS-Zeit

Der Trierer „Dächerkrieg“



Facharbeit

Bearbeitung:	Carla	Faber
Betreuer:	Herr	Koch
Leistungskurs	Geschichte	12
Hindenburg	Gymnasium	Trier

**Der Umbau der Häuser
der Genossenschaft freier Gewerkschafter
in Trier während der NS-Zeit**

Der Trierer „Dächerkrieg“

Facharbeit

Leistungskurs Geschichte 12

Hindenburg Gymnasium Trier

Bearbeitung: Carla Faber

Betreuer: Herr Koch

INHALT

1	THEMENSTELLUNG	1
2	HISTORISCHER KONTEXT	1
2.1	Genossenschaftsbewegung	1
2.1.1	Baugenossenschaften	2
2.1.2	Baukulturen	2
2.1.3	Gleichschaltung der Genossenschaften	3
2.2	Wohnungsfürsorge	4
2.3	Situation der Gewerkschaften	4
2.4	NSDAP	4
2.5	Situation der Juden	5
3	HISTORISCHER KONTEXT DER STADT TRIER AB 1930	5
3.1	Stadtverwaltung und Regierung in Trier	5
3.2	Baugenossenschaften in Trier	6
3.3	Architekt Gustav Kasel	6
4	ANALYSE DER QUELLEN ZUM UMBAU DER HÄUSER	6
4.1	Gründung der Genossenschaft	6
4.2	Errichtung der Häuser	7
4.3	Auseinandersetzung mit der NSDAP, Repressalien und Reglementierung	8
4.4	Änderung der Dächer	9
4.5	Ausblick/ Entwicklung der Häuser nach 1945	11
5	ANALYSE	11
5.1	Quellenlage	12
	BIBLIOGRAPHIE	III
	ANHANG:	IV

Danksagungen:

Für die tatkräftige, hilfreiche und freundliche Unterstützung bei der Recherche im Zusammenhang mit dieser Facharbeit danke ich v. a. der Bau- und Vermietungsgenossenschaft Trier, insbesondere Herrn Huber, Herrn Heinz May und der Friedrich- Ebert Stiftung ,insbesondere Herrn Karl P. Salm.

Dem Stadtarchiv und dem Bauaufsichtsamt der Stadt Trier danke ich für die Hilfestellung bei der Quellenrecherche:

1 Themenstellung

1931/32 erbaute die Genossenschaft freier Gewerkschafter unter schwierigen finanziellen Bedingungen 30 Wohnungen am Stadion, zur Linderung der Wohnungsnot (s. Anhang I). Der Architekt und Bauleiter dieser Häuser war Gustav Kasel. Da die meisten Mitglieder dieser Genossenschaft politisch sozialistisch eingestellt und aktiv waren, wurden die Häuser auch als „rotes Ecken“ bezeichnet. Nach der Machtergreifung der NSDAP war die Genossenschaft Schikanen ausgesetzt und musste bereits 1934 die „marxistischen Flachdächer“ in „deutsche Dächer“ umbauen. Dies trieb die Baugenossenschaft beinahe in einen wirtschaftlichen Ruin, den die Genossenschaft nur in zähen Verhandlungen bis 1938 abwenden konnte.

In meiner Facharbeit versuche ich diesen Vorgang nachzuvollziehen. Wieso wurden gerade diese Gebäude zur Zielscheibe der Nationalsozialisten? Wie wurde die Aufstockung umgesetzt? Dabei untersuchte ich v.a. die gesellschaftlichen und politischen Hintergründe dieses „Trierer Dächerkriegs“. Zur Klärung dieser Fragen analysierte ich Trierer Chroniken, die Protokolle der Baugenossenschaft freier Gewerkschafter, die Hausakten und die Strassenakte. Außerdem befragte ich Vertreter der Baugenossenschaft und einen ehemaligen Hausbewohner, Herrn May, zur damaligen Situation.

2 Historischer Kontext

2.1 Genossenschaftsbewegung

Eine Genossenschaft ist ein Zusammenschluss unbestimmt vieler Personen, die gemeinsame ökonomische Interessen vertreten und diese nach ihren Vorstellungen durchsetzen. Hierbei wird besonders auf das Prinzip der Selbsthilfe, Selbstverantwortung, Selbstverwaltung (und Identitätsfindung großen Wert gelegt Demokratieprinzip). Daraus ergibt sich, dass die Mitglieder gleichzeitig auch Geschäftspartner und Eigenkapitalgeber sind (Identitätsprinzip). Eine Genossenschaft verfolgt stets ein Ziel, das über den reinen Wirtschaftsbetrieb hinaus reicht, also mehr leistet als die Privatwirtschaft. Insbesondere sind hier die Bildung und die soziale Sicherung der Genossen zu nennen (Förderprinzip).¹

Zwischen 1890 und 1914 gelang den Genossenschaften der Durchbruch von der Selbsthilfe zur sozialen Bewegung. Die Genossenschaftsbewegung erstarkte in der Weimarer Republik und erreichte 1930 ihren Höhepunkt. Die Genossenschaften wurden zum einen durch die Volksfürsorge (seit 1911) und zum anderen durch die Arbeiterbank (seit 1924) unterstützt. Die Genossenschaftsbewegung erfasste in der Weimarer Republik alle Lebensbereiche und wurde zum Motor einer Reformbewegung. Neben den freigewerkschaftlichen Genossenschaften gab es auch christlich-nationale und konservativ geprägte Genossenschaftsverbände.

¹ Vgl. <http://de.wikipedia.org/wiki/Genossenschaft>

2.1.1 Baugenossenschaften

Infolge der Industrialisierung und der wirtschaftlichen Lage nach dem ersten Weltkrieg herrschte in der Weimarer Republik eine Wohnungsnot, die insbesondere die Arbeiterschicht betraf. Zur Verbesserung der Situation forderten die Arbeiter Sozialisierungsmaßnahmen des Bau- und Wohnungsmarktes², Da diese jedoch nicht erfolgten, erlebten die Baugenossenschaften als Selbsthilfeorganisation der Arbeiterschaft einen erheblichen Aufschwung. Die Hauszinssteuer bewirkte eine große Unterstützung der Genossenschaften. Die Baugenossenschaften errichteten u.a. zahlreiche Großsiedlungen für ihre Mitglieder (s. Anhang II).³ Der Zusammenschluss in weltanschaulich geprägten Verbänden förderte den Austausch organisatorischer Erfahrungen und verwaltungstechnischer Dienstleistungen. Insbesondere die freigewerkschaftlichen Genossenschaften des DEWOG-Verbandes bewirkten grundlegende Innovationen für die Baukultur. Wesentliche Grundsätze der Genossenschaften waren hierbei:

Gruppenselbsthilfe: die Mitglieder unterstützten die sozialen schwächeren Mitglieder z.B. Arbeitslose; fehlendes Kapital wurde durch die „Muskelhypothek“ ersetzt.

Sozialreformen: Es wurden nicht nur einzelne Wohnungen, sondern auch gleichzeitig gemeinschaftliche, soziale und Bildungseinrichtungen mit eingeplant und gebaut.

Lebensreform: gleiche soziale bzw. politische Schichten lebten in einer Gegend und zeigten dies auch äußerlich z.B. hatten sie alle denselben Wohnstil.

Dies führte zu einer Politisierung des Alltages.⁴

2.1.2 Baukulturen

Die ersten klassischen Arbeitersiedlungen wurden von Unternehmern für ihre Arbeiter gebaut, um der Wohnungs- (und Arbeitskräfte-) Not im Zuge der Industrialisierung zu begegnen. Diese „paternalistischen“ Siedlungen, zum Beispiel der Krupp'schen Bauverwaltung, sollten die Arbeiter an die Fabrik binden und die Selbstversorgung ermöglichen, jedoch keine Selbstorganisation oder Soldarisierung der Arbeiter untereinander fördern. Die Gebäude selbst wurden in der Regel im romantischen Stil gebaut.

Die Baugenossenschaften bauten im Interesse der zukünftigen Bewohner, dass heißt diese durften den Baustil, die Hausordnung und die Einrichtung mitbestimmen. Zentraler Aspekt waren die Dauernutzungsrechte und das sozialgebundene Eigentum. Vor 1890 entstanden Bauten im allgemeinen Baustil, dass heißt bürgerlich geprägte Häuser. Ab 1900 wurde der Baustil immer konstruktiver und funktionaler. Ab 1918 verstand man die Architektur v.a. als Ausdruck der politischen Gesinnung. Nun bildeten sich zwei verschiedene Strömungen der Baugenossenschaften heraus. Zum einen die christlich-konservativen Baugenossenschaften und zum anderen die sozialistischen Baugenossenschaften. Die christlich-konservativen Baugenossenschaften bauten nach alten Leitbildern

²vgl. S. 82ff Klaus Novy / Michael Prinz...

³ vgl. s.101 ff Klaus Novy/ Michael Prinz...

⁴ vgl. S.80 Klaus Novy/ Michael Prinz ...

und im heimatverbundenen Stil. Die sozialistischen Baugenossenschaften dagegen bauten im Stil des Neuen Bauens und des Bauhauses (s. Anhang II) .

Der Stil des Neuen Bauens wurde vor allem von dem DEWOG- Verband und der ihr zugehörigen Genossenschaften praktiziert. Sie bauten ohne Ornamente und mit der Komposition von Volumen. Auch besitzen diese Häuser eine horizontale Betonung durch die Fensterbänder, sowie aufgebrochene Ecken und Rundungen. Ein weiteres charakteristisches Merkmal sind weiße Putzbauten, Zeilenbauten, eine Addition gleicher Elemente, übergeordnete Elemente wie Symmetrieachse und übergreifende Giebel und Flachdächer. Von außen sollte man direkt die politische Gesinnung und Einheit der Bewohner erkennen.⁵ Großsiedlungen zeigten Gemeinschaftssymbolik und galten als fortschrittliche Errungenschaft der Arbeiterbewegung. Durch die Gebäude der Genossenschaften sollte eine Verbindung zwischen Individualität und Kollektivität hergestellt werden. (s. Anhang III)

Durch diese unterschiedlichen Baustile und vor allem durch die unterschiedliche Dachbauweisen kam es zum sogenannten „Dächerkrieg“ (s. Anhang VI). Die freigewerkschaftlichen Genossenschaften bauten ihre Gebäude mit Flachdächern. Die deutschnationalen und christlichen Verbände hingegen bauten auf ihre Gebäude Satteldächer. Somit symbolisierte dieser Dächerkrieg einen Krieg des Internationalismus gegen den Nationalismus.

Ab 1933 bestimmte die NSDAP den Stil der Neubauten. Fortan wurden nur noch isolierte Einfamilienhäuser als Mischung aus Schlichtbau und Heimatstil gebaut als individualisierte Ansammlungen von Siedlerstellen. Also stand Individualisierung und Kontrolle der Bewohner fortan im Mittelpunkt des Bauens.⁶

2.1.3 Gleichschaltung⁷ der Genossenschaften

Zur Durchsetzung der eigenen Ideologie und zur Herrschaftssicherung wurden durch die NSDAP u.a. die Arbeiterselbstorganisationen gleichgeschaltet. Bestehende Gewerkschaften, Arbeiterverbände usw. wurden entweder verboten oder in entsprechende NS-Organisationen überführt, sofern sie nicht freiwillig der nationalistischen Bewegung folgten. Am 14.07.1933 begann die Gleichschaltung unter dem NS-Regime mit dem „Gesetz gegen die Neubildung von Parteien“. Es folgte die Gleichschaltung der Gewerkschaften. Von den gewerkschaftsnahen Genossenschaften wurden Kontributionen, also außerordentliche Geldleistungen gefordert und bereits zugesagte Kredite für die Konsumgenossenschaften wurden gestrichen. Die Arbeiterbank, die Volksfürsorge, ein Teil der Baugenossenschaften und die freien Gewerkschaften wurde am 2. Mai 1933 von der NSDAP besetzt. Anschließend wurde in einer „Gleichschaltungsaktion“ die Selbstverwaltung der besetzten Unternehmen durch das Führerprinzip ersetzt.

⁵ vgl. 134ff Klaus Novy / Michael Prinz

⁶ vgl S. 132 f Klaus Novy / Michael Prinz...

⁷ Gleichschaltung ist die Vereinheitlichung aller Gesellschaftsbereiche in einem totalitärem Staat. Dies hat die Entmachtung, Eingliederung und zentrale Lenkung bestehender gesellschaftlicher und staatlicher Organisationen durch totalitäre Parteien und Regierungen zur Folge. Dadurch setzen die totalitären Parteien bzw. die totalitäre Regierung ihre Ideologie durch.

Dass die NSDAP nicht auch die Versicherungen und Konsumgenossenschaften besetzte und die Genossenschaften gänzlich auflöste, ist darauf zurückzuführen, dass es ihr an Personal fehlte, um dieses weit verbreitete System zu durchdringen. Die wichtige wirtschaftliche Bedeutung dieser Bewegung konnte nicht ersetzt werden.

2.2 Wohnungsfürsorge

Nach dem ersten Weltkrieg entstand in Deutschland durch eine vermehrte Landflucht, der zunehmenden Industrialisierung, einer hohen Geburtenrate, sowie dem Trend zur Kleinfamilie ein großer Wohnungsmangel.⁸ Das Wohnungsdefizit betrug in den Jahren 1918 bis 1935 ca. eine Million Wohnungen. Wirtschaftliche Probleme des Staates und Inflation verschärften die Situation. Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaften errichteten in dieser Phase ca. die Hälfte aller Wohnungen in den deutschen Großstädten.

2.3 Situation der Gewerkschaften

Der 1. Weltkrieg sorgte für eine große Wohnungsnot und eine große Arbeitslosigkeit. Hierdurch kam es zu einem Aufschwung der Gewerkschaften und Vergewerkschaftung bereits bestehender Unternehmen. Von 1918 bis 1922 gewannen die Gewerkschaften eine Million neuer Mitglieder.

Die Situation der Gewerkschaften und ihrer Wirtschaftsunternehmen verschlechterte sich durch die Inflation, also durch die stetig zunehmende Geldentwertung. Erst nach der Einführung der Rentenmark am 13.10.1923 konnten diese sich langsam wieder erholen.⁹ Die Gewerkschaften erfassten durch eine Vielzahl verschiedener Unternehmen fast alle Teilbereiche der Wirtschaft, z. B. Wohnungsgenossenschaften, Konsumgenossenschaften, Hilfskassen, Spar- und Kreditvereine, die Büchergilde.....

2.4 NSDAP

Die NSDAP wurde am 5. Januar 1919 als DAP gegründet. Sie verfolgt laut dem Parteiprogramm vom 24. Februar 1920 folgende Ziele: Erstens will sie ein Großdeutschland schaffen. Zweitens fordert sie die Revision des Versailler Vertrags. Drittens stellt sie die Forderung auf, dass auch Deutschland Kolonien erhält. Viertens verlangt sie die Entfernung aller Juden aus Deutschland. Über ihre Unterorganisationen beeinflusste die NSDAP fast alle Bereiche der Gesellschaft. Sie ist nach dem zentralistischen Führerprinzip ab 1921 mit Hitler als Parteivorsitzender organisiert.

Nach der Machtergreifung am 30.1.1933 durch Adolf Hitler wurde am 27.2. die KPD und im Juni 1933 die SPD und alle übrigen Parteien verboten. Fortan ist die NSDAP die einzige Partei.¹⁰

⁸ vgl. S.67 Klaus Novy / Michael Prinz

⁹ vgl. s.67 ff Klaus Novy/ Michael Prinz: Illustrierte Geschichte der Gemeinwirtschaft, Bonn 1985

¹⁰ vgl. <http://www.shoa.de/www.shoa.de/content/view/120/99/>

2.5 Situation der Juden

Während des NS- Regimes wurden die Juden, wie die NSDAP bereits in ihrem Parteiprogramm angekündigt hat, immer mehr ausgegrenzt und verfolgt. In insgesamt 2000 antijüdischen Gesetzen und Ergänzungsverordnungen wurden den Juden sämtliche Rechte aberkannt.¹¹

Die Situation der Juden in Trier ist vergleichbar mit der der Juden im restlichen Deutschland, ein Unterschied ist jedoch, dass die Maßnahmen gegen Juden in Trier auf negative Resonanz der Bevölkerung stieß.¹² Auf Grund der negativen Resonanz der Bevölkerung wurden ab Mitte 1933 bis Ende 1934 keine Aktionen mehr gegen Juden in Trier unternommen. Weihnachten 1934 wurden wieder Schaufenster einer Reihe jüdischer Geschäfte beschmiert.

In der Zeit von 1933 bis zum 1.9.1938 sind insgesamt 444 Juden aus Trier geflüchtet, wobei rund die Hälfte zwischen 1937 und 1938 geflohen sind. In sechs Transporten wurden 1941- 1943 Juden ins KZ deportiert. Wobei von 413 deportierten Juden aus Trier und Luxemburg nur 20 nach dem Kriegsende wieder zurückkehrten.¹³

3 Historischer Kontext in Trier ab 1930

3.1 Stadtverwaltung und Regierung in Trier

Vor 1930 war die NSDAP in Trier vollkommen unbedeutend, da sie nur sehr wenige Anhänger hatte. Dies lässt sich durch die katholische Dominanz in Trier erklären. Im Trierer Stadtrat stellte 1930 das Zentrum 20, die NSDAP 7, die SPD 5, die Wirtschaftspartei 4, die KPD 3 die DNVP 3 Sitze sowie DVP, IG Vororte und Staatspartei je einen Sitz.¹⁴ Ab 1930 vollzog die NSDAP zunehmend Massenveranstaltungen, Propaganda und störte die Sitzungen anderer Parteien. Der Höhepunkt dieser Propaganda ist der Besuch Adolf Hitlers am 22.4.1932 in Trier. Auch führte die zunehmende Anerkennung der NSDAP zum Zusammenschluss der linksdemokratischen Parteien in der „eisernen Front“ 1932. Der Oberbürgermeister der Stadt Trier, Dr. Weitz, der dem Zentrum angehörte, lehnte die radikalen Parteien ab und zeigte dies auch offen. Er wurde nach der Machtergreifung der Nazis am 31.8.1933 beurlaubt. Ab 1933 stellte die NSDAP mit Ludwig Christ den Oberbürgermeister der Stadt Trier.

Bei der Reichstagswahl und der Stadtverordnetenwahl im März 1933 erhielt das Zentrum sogar 23 Sitze, die NSDAP 14 Sitze, die Kampffront Schwarz-Weiß-Rot 3, die SPD 3 und die KPD 2 Sitze. Trotzdem schüchterte die NSDAP mit Hilfe ihrer Anhänger die demokratischen Anhänger dermaßen ein, dass die NSDAP die Kontrolle über das Rathaus gewann. Während Adolf Hitler 1932 noch weniger Stimmen als Hindenburg aus der Trierer Region erhielt, wählten ab 1932, 1936 und 1938 überdurchschnittlich viele Trierer Hitler

¹¹ <http://www.dhm.de/lemo/html/nazi/antisemitismus/ausgrenzung/index.html>

¹² vgl. S.307 E. Zenz

¹³ vgl. S. 307 ff, Emil Zenz: Die Stadt Trier im 20. Jahrhundert: 1. Hälfte 1900-1950

¹⁴ vgl. S. 276, Emil Zenz: Die Stadt Trier im 20. Jahrhundert: 1. Hälfte 1900-1950

3.2 Baugenossenschaften in Trier

In Trier waren seit 1898 mindestens 16 verschiedene Baugenossenschaften tätig (s. Anhang IV), diese waren teilweise politisch motiviert, in vielen Fällen jedoch ein Zusammenschluss von Berufsgruppen, insbesondere von Eisenbahnern und Beamten. Wegen der Besetzung des Rheinlandes durch die Franzosen wurde der Wohnraum in Trier weiter verknappt. Der Anteil an Kleinstwohnungen und die Belegungsdichte war hier daher überdurchschnittlich hoch. Besonders in diesem Bereich trugen die gemeinnützigen Baugesellschaften bis zu 75% der Bautätigkeit.

Wegen des anhaltenden Wohnungsmangels in Trier begann man 1924 mit der Errichtung von Barackensiedlungen. Im Herbst 1931 begann man in Trier mit dem Aufbau einer Erwerbslosensiedlung, in der Erwerbslose ein Kleinhaus am Stadtrand (Irscher Hof) unter finanzieller Selbstbeteiligung beziehen konnten.¹⁵

3.3 Architekt Gustav Kasel

Gustav Kasel wurde am 6.12.1883 in Trier geboren. Er ist gelernter Meister des Maurerhandwerks und studierte Architektur unter anderem in Frankfurt bei Ernst May, einem der führenden Vertreter des Neuen Bauens und der Planung von Großsiedlungen. Nach dem 1. Weltkrieg gründete er in Trier zusammen mit Johann Prior das „Büro für Kirchen- und Profanbau, Außen- und Innenarchitekturkunstgewerbe“. 1920 heiratete er Alice Bender. 1927 hatte er den Vorsitz des „Einheitsverbandes sozialisierter Handels- und Gewerbetreibender und freier Berufe“. Außerdem war er 1928 Mitglied im Vorstand des SPD-Ortsvereins Trier sowie Mitglied in der Pressekommission der „Volkswacht“, einer SPD-nahen Trierer Zeitung deren Redaktionsräume seit 1932 auch im Karl-Marx Haus waren. Die Rekonstruktion und Restaurierung des Geburtshauses von Karl Marx gehörte zu den bedeutendsten Projekten Gustav Kasels in Trier. Ebenso wie die Planung der Siedlung der Genossenschaft der freien Gewerkschafter in der Zeughausstrasse /Kloschinskystrasse. Da er aktiver Sozialist und zudem noch jüdischen Glaubens ist, flieht er 1933 nach Palästina, wo er später Stadtbaumeister von Jerusalem wird. Nach dem 2. Weltkrieg (1950) besucht er erneut Trier und überlässt seine Unterlagen dem Archiv des Karl-Marx Hauses. Er verstarb 1951 in Jerusalem an einer Herzembolie.(s. Anhang V)

4 Auswertung der Quellen zum Umbau der Häuser

4.1 Gründung der Genossenschaft

Am 12.2.1931 wird die Baugenossenschaft freier Gewerkschafter eGmbH zu Trier im Gewerkschaftshaus in der Dietrichstraße gegründet. Sie ist Mitglied des freigewerkschaftlichen DEWOG- Verbandes. Als Vorstand wird Peter Jacobs, Waldemar Wolf (v.a. Finanzen) und Kurt Kirmse (Schriftführer) bestimmt. Der SPD Abgeordnete im preußischen Landtag, Matthias Nonn, wird Vorsitzender des Aufsichtsrates (s. Anhang V). Die Mitglieder waren alle freie Gewerkschafter, teilweise auch aktive Funktionäre der freien Gewerk-

¹⁵ vgl.S.221 ff, E. Zenz: Die Stadt Trier im 20. Jhd. : 1.Hälfte 1900-1950

schaften, daher wurde sie auch als rote Baugenossenschaft bezeichnet. Ziel war die genossenschaftliche Errichtung preisgünstiger Kleinwohnungen. Im Juni 1933 unter Druck der Nazis wurde die Genossenschaft in „Baugenossenschaft Trier- Nord eGmbH zu Trier“ umbenannt. Nach dem Wegfall des Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetzes heißt sie seit 1990 „Bau- und Vermietungsgenossenschaft Trier e.G.“.

4.2 Errichtung der Häuser

In einer Mitgliederversammlung am 15.7.1931 begann die Genossenschaft mit der Planung der Errichtung der ersten Wohnhäuser. Die Baugenossenschaft wollte 74 Wohnungen errichten, wobei bis auf sechs Wohnungen, die Wohnungen aus zwei bis drei Zimmern bestehen und die restlichen sechs Wohnungen aus vier Zimmern bestehen sollten. Doch ergaben sich bereits Finanzierungsschwierigkeiten, da die Stadt nur eine Förderung für 26 Wohnungen bewilligte und der Oberbürgermeister eine Bürgschaft für mehr als 26 Wohnungen ablehnte. Die Planung erfolgte durch den Architekten Gustav Kasel in enger Kooperation mit dem Vertreter der DEWOG, Herrn Ehlen. Die Gebäude sollten im Stil des Bauhauses errichtet werden und daher auch ein Flachdach besitzen. Die Häuser bestehen aus einem dreigeschossigen und einem zweigeschossigem Kubus, der zur Straße hin abgerundet ist. Wobei sich der dreigeschossige Kubus vor den zweigeschossigen schiebt. Ein dunkles Putzband verbindet die kleineren Fenster der Trockenböden. Die Fassaden erhielten einem weißen, glatten Verputz. Das Grundstück in exponierter Lage zum Stadion hat einen besonders repräsentativen Charakter (s. Anhang I).

Neben den örtlichen Baufirmen wurde auch ein Angebot der Bauhütte Köln eingeholt. Die Bauhütten waren eng mit den gewerkschaftlichen Genossenschaftsunternehmen verbunden. Den Zuschlag erhielt jedoch die Arbeitsgemeinschaft Brakonier und Gorges und Horsch, u.a. da die Genossenschaft nur öffentliche Mittel bewilligt bekam, wenn sie eine in Trier ansässige Firma mit den Bauarbeiten beauftragte. Auch die Finanzierung durch Arbeiterbank und Volksfürsorge zeigt die enge Verknüpfung des Bauvorhabens in den freigewerkschaftlichen Genossenschaftsverbund.

Am 10. November 1931 erhielt die Genossenschaft den Bauschein. Hierin wurde sie darauf hingewiesen, dass die geplanten Bauten den Vorschriften der Baupolizeiverordnung für den Regierungsbezirk Trier vom 16. Januar 1929 teilweise widersprechen. So ist die überbaute Fläche zu groß, außerdem sind hier nur zwei Geschosse zulässig. Da das Gebäude die zugelassene Höhe von 13 Metern nicht überschreitet und die Kloschinskystraße eine grosse Breite aufweist, wird von der Baupolizei nach Absprache mit der benachbarten Baugenossenschaft Selbsthilfe eine Befreiung erteilt.

Der Rohbau wurde am 15.3.1932 abgenommen. Daraufhin bittet Gustav Kassel die Stadt um einen Dispens zum Weglassen der Dachtrichter an den Fallrohren, die laut der Baupolizeiverordnung angebracht werden müssen. Kasel erläutert, dass diese zwar bei Satteldächern sinnvoll sind, jedoch nicht bei Flachdächern, wo das Regenwasser langsam in

die Regenrinne abgeleitet wird. Dieses Schreiben verdeutlicht, dass die Stadt keinerlei Erfahrung mit Flachdächern besitzt, da dies die ersten Flachdächer in Trier werden.¹⁶

Im Juli 1932 wurden die Häuser „schlüsselfertig“ übergeben, doch da noch der Zugang zu den Haustüren fehlte, griffen Vorstandmitglied Kirmse und einige Helfer zur Schaufel und mauerten und betonierten die Zugänge zu den Häusern.

Aus den Protokollen wird deutlich, dass die Genossenschaft große Probleme mit der Finanzierung der Maßnahme hatte.

4.3 Auseinandersetzung mit der NSDAP, Repressalien und Reglementierung

Bereits am 20.7.1932 beschloss der Vorstand „auf Grund der politischen Terrorakte zum Schutze der Siedlungswohnungen“¹⁷ einen Telefonanschluss anzubringen. Hier kündigt sich bereits die Zuspitzung des Konfliktes mit den Nationalsozialisten an.

Im Rahmen der Gleichschaltung veröffentlichten die Kommissare des Revisionsverbandes gemeinnütziger Baugenossenschaften e.V. Berlin neue Richtlinien, die besagen, dass kein Vorstands- oder Aufsichtsratsmitglied Mitglied der RPO, der SAP oder der KPD sein darf und sich nicht staats- oder wirtschaftsfeindlich betätigen darf. Am 15.5.1933 beschloss der Vorstand und der Aufsichtsrat demonstrativ geschlossen zurückzutreten, obwohl keins ihrer Mitglieder gegen eins dieser neuen Richtlinien verstieß oder verstoßen hatte.

Der Zerschlagung entging die Genossenschaft auch wegen der Namensgebung: „Nachdem am 2.5.1933 die Gewerkschaften „gleichgeschaltet“ wurden, versuchten die Faschisten auch unsere Genossenschaft als angebliche Organisation der Gewerkschaften zu kassieren. Ein Buchstabe, r statt n, „Gewerkschafter“ statt „Gewerkschaften“ trug dazu bei, die Selbstständigkeit der Genossenschaft zu erhalten. Allerdings musste der Name geändert werden.“¹⁸ Deshalb beschloss man sich fortan Baugenossenschaft Trier-Nord eGmbH Trier zu nennen.

Der Vorstand musste 1933 als neues Publikationsorgan die Trierer Landeszeitung nutzen, da die sozialistische Zeitung „Volkswacht“ am 27. Februar 1933 durch SA-Leute besetzt und beschlagnahmt worden war.¹⁹

Das Gerücht, das die Genossenschaft pleite gehe, wurde am 23.9.1933 auf der Mitgliederversammlung durch Waldemar Wolf dementiert. Dennoch wird z.B. an fehlenden Restarbeiten (Zaun) und Zahlungsschwierigkeiten gegenüber der Baufirma deutlich, dass die wirtschaftliche Lage der Genossenschaft angespannt war.

Im neuen Aufsichtsrat war mit Franz Raven nun auch ein Mitglied der NSDAP vertreten. Nachdem das neue Vorstandsmitglied A. Himmelsberger auswärts Erkundigungen über

¹⁶ vgl. Zenz Die Stadt Trier im 20. Jhd. ..., aber Stadtbad Trier wurde 1931 mit Flachdach errichtet, was der These von Zenz widerspricht

¹⁷ Protokoll der Vorstandssitzung vom 20.7.1932

¹⁸ 30 Jahres Chronik der Baugenossenschaft

¹⁹ vgl. S. 173. Emil Zenz: Chronik der Stadt Trier, Trier 1985

die Rechtmäßigkeit von Wechseln einholte, kam es im Vorstand zum Streit und Himmelsberger legte sein Amt nieder. Als neues Vorstandmitglied wurde Ferdinand Stedem bestimmt, der als NSDAP-Mitglied zwischen Genossenschaft und Behörden bzw. Partei vermitteln wollte. Doch forderte er zugleich auch, dass auch Franz Raven vom Aufsichtsrat in den Vorstand wechseln soll. Die stärkere Präsenz der NSDAP sollte der Genossenschaft nach außen mehr Autorität verleihen und nach innen helfen „endlich den Auswüchsen einzelner Genossenschaftsmitglieder“ zu begegnen²⁰. Doch konnte er von dieser Bedingung abgebracht werden und Raven blieb im Aufsichtsrat. Damit behielten die SPD Mitglieder die Mehrheit im Vorstand und konnten weiter die Beschlüsse kontrollieren.

Die NSDAP vereinnahmte den „Tag der Arbeit“, um die sozialistische Bewegung besser zu kontrollieren. Sie verlangte daher, dass die Häuser mit Hakenkreuzfahnen geschmückt werden. Zunächst hängte die Baugenossenschaft am ersten Mai neben ihren roten Fahnen zwei schwarz-weiß-rote Fahnen ohne Hakenkreuz und Grünschluck auf. Die NSDAP jedoch bestand darauf, dass die Genossenschaft Hakenkreuzfahnen aufhing. Dadurch kam es zu einem Streit zwischen der Baugenossenschaft und der NSDAP. Im nächsten Jahr, also am 1. Mai 1935, war das NSDAP-Mitglied Ferdinand Stedem im Vorstand und sorgte dafür, dass eine schwarz-weiß-rot Fahne und eine Hakenkreuzfahne aufgehängt wurden. Im darauf folgenden Jahr wurden dann ausschließlich zwei Hakenkreuzfahnen aufgehängt. Dieser Streit verdeutlicht das Verhältnis von sozialistischer Baugenossenschaft und nationalsozialistischer Regierung.

1936 musste die Genossenschaft das Mitglied Anton Faldey ausschließen, da ihm mit 34 weiteren Trierern vorgeworfen wurde im politischen Widerstand tätig zu sein. Er wurde zu „Zuchthaus mit Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte“ verurteilt, überlebte jedoch das KZ und war nach dem Krieg wieder Genossenschaftsmitglied.

4.4 Änderung der Dächer

1934/35 erhielt die Baugenossenschaft eine Aufforderung der Regierung, die „marxistischen Flachdächer der Gebäude in deutsche Dächer“ umzuwandeln und ihre Gebäude im Sinne des städtebaulichen Interesses umzugestalten²¹. Da die Genossenschaft ohnehin am Rande der Pleite stand, wären weitere unrentierliche Baumaßnahmen deren sicherer Ruin gewesen. Sie versuchte daher dies abzuwenden und verhandelte bis 1938, um zumindest eine rentable Lösung zu finden und so den von der NS- Regierung gewollten Ruin abzuwenden. Die vorgeschlagene Lösung sah vor, im Zuge des Umbaus der Dächer aus den Speichergeschossen Vollgeschosse zu machen. Durch die zusätzlichen Wohnungen sollte dann die Aufstockung der Dächer finanziert werden.

Der neue Baumeister war Otto Singer, da Gustav Kasel bereits 1933 nach Palästina fliehen musste.

²⁰ Protokoll vom 22.2.134

²¹ vgl. Schreiben der Baugenossenschaft Trier- Nord e. G.m.b.H zu Trier an den OB Trier vom 23.1.1936

In den Hausakten findet sich ein Schreiben der Genossenschaft vom 23. Januar 1936, aus dem hervorgeht, dass es bereits schon vorher Briefverkehr mit der Baupolizei gegeben hat, der sich mit der geplanten Aufstockung befasst. Doch ist dieser Briefverkehr seltenerweise nicht in den Hausakten enthalten. Die Stadt forderte die Genossenschaft anscheinend am 27. Januar 1935 auf, die Zeichnungen für die geplante Aufstockung einzureichen, daraus lässt sich schließen, dass auch schon im Jahre 1934 diese Aufstockung zum Thema wurde. Daraufhin hat die Genossenschaft sich um eine Finanzierung des Projektes bemüht. Da sie jedoch keine finanzierbare Lösung fand, konnte sie zunächst den Umbau abwenden.

Im Schreiben vom 17.7.1936 an den Herrn Oberbürgermeister erklärt die Genossenschaft, dass sie aus wirtschaftlichen Gründen neuen Wohnraum bei der Umgestaltung der Flachdächer gewinnen muss, um die Umgestaltung zu finanzieren. Daher will sie nun acht neue Wohnungen in die Dachgeschosse eingliedern. Deshalb forderte sie nun die Genehmigung der vorgesehenen Dachkonstruktion und geplanten Aufstockung sowie die Mitfinanzierung durch Herausgabe von 1000 RM pro Wohnung aus dem Wohnungsteilungsfond oder eventuell aus den Hauszinssteuermitteln. Die Stadtgemeinde begrüßte die Massnahme, erkennt jedoch momentan keinen Anlass zu weiteren Bauten durch die Genossenschaft und lehnt eine Förderung ab. In einem Schreiben vom 18.10.1936 begründet die Baugenossenschaft erneut die viergeschossige Bauweise: „eine Lösung, die das Mittelstück dieser Eckhäuser betont, dürfte zweifelsohne besser sein, als ein Drücken gerade dieses Teiles.“²²

Die Pläne zur Aufstockung der Gebäude wurden am 26.10.1936 eingereicht (s. Anhang VIII- IX). In diese Pläne wurde mit Bleistift eingezeichnet, dass das geradlinige Gebäude nur zwei Geschosse behält und nicht wie von Architekt Otto Singer geplant dreigeschossig. Auch dürfen keine Dachgauben angebracht werden. In einem Schreiben vom 1.12.1936 versucht die Genossenschaft erneut eine für sie tragbare wirtschaftliche Lösung zu begründen. Sie erinnert daran, dass durch die neu gewonnen Wohnungen eine Mietsenkung durchgeführt werden kann, was auch im Sinne der Bestrebungen der nationalsozialistischen Wirtschaft sei. Auch gibt sie zu bedenken, dass sie Häuser streng genommen gar nicht erhöht, sondern die Traufen um ca. 30cm herabgesetzt werden und in der vorgesehenen Bauweise eine ruhigere Dachführung beinhalten. Sie verweist zudem darauf, dass die hohen Gebäude eine städtebauliche Steigerung zum Stadionvorplatz bilden. Zum Schluss betont sie noch, dass sie „bis zur Grenze des Möglichen bereit sind einer Änderung der Dachkonstruktion zuzustreben“.²³

Im Schreiben des Regierungspräsidenten Triers an die Baugenossenschaft vom 4.12.1936 erklärt er, dass sie keine Befreiung erhalten, da die viergeschossige Bauweise

²² Schreiben der Genossenschaft Trier-Nord eGmbH zu Trier an den Herrn Oberbürgermeister Trier vom 18.10.1936

²³ Schreiben der Baugenossenschaft Trier-Nord an den Herrn Oberbürgermeister Abt: Hochbauamt vom 1.12.1936

nicht im zwingenden städtebaulichen Interesse liegt und „es nicht angeht, einen Fehler durch einen mindestens ebensogroßen aufzuheben“²⁴.

Nach Absprache mit dem Hochbauamt setzt sich am 22.3.1937 auch die Ortspolizeibehörde für die viergeschossige Lösung beim Regierungspräsidenten ein²⁵. Im Schreiben vom 14.5.1937 erlaubt schließlich der Regierungspräsident doch noch die viergeschossige Bauweise jedoch nur bei den Eckbauten, da bei den restlichen Bauten kein zwingendes architektonisches oder städtebauliches Bedürfnis bestehe und diese Bauweise aus wirtschaftlicher Sicht nicht notwendig sei.

Im Bauschein vom 30. September 1937 wurde verlangt, dass „der Aufbau Ausdruck anständiger Baugesinnung und werkgerechter Durchbildung ist“²⁶. Auch musste das neue Dach mit Naturschiefer gedeckt werden (s. Anhang X).

4.5 Ausblick/ Entwicklung der Häuser nach 1945

Nach dem Krieg war Ferdinand Stedem auch weiter im Vorstand. Die nächsten Projekte wurden ebenfalls mit Architekt Otto Singer errichtet. Die Häuser sind heute noch im Besitz der Genossenschaft und durch deren Mitglieder bewohnt. Doch sind heute nicht mehr nur Freigewerkschafter und SPD-Mitglieder Mitglied in der Genossenschaft. In den 90er Jahren wurden die Häuser im Zusammenhang mit den übrigen Genossenschaftshäusern im Zuge der Saniehrung bunt angestrichen und im Trierischen Volksfreund als „Papageiensiedlung“ bezeichnet (s. Anhang I). Das Amt für Denkmalpflege sammelte zwar Dokumente zu den Häusern, eine Unterschutzstellung fand jedoch nicht statt.

5 Analyse

„Natürlich waren wir laufend Schikanen ausgesetzt. Sie gipfelten in der Forderung, die „marxistischen“ Flachdächer der ersten Häuser [...] zu beseitigen.“²⁷ Diese Aufforderung ist vollkommen unüblich, da die Flachdächer 1931/ 32 bereits genehmigt wurden.

Es handelt sich um eine sozialistische Baugenossenschaft, die das „rote Ecken“ errichtete. Unter ihren Mitgliedern befanden sich einflussreiche, geschulte, sozialistisch eingestellte Personen wie zum Beispiel der SPD-Landtagsabgeordnete Matthias Nonn, der in der Genossenschaft den Vorsitz des Aufsichtsrates innehatte oder Waldemar Wolf, der Vorstandsmitglied der Genossenschaft und zugleich auch Journalist und Redakteur der sozialistischen Zeitung „Volkswacht“ war. Die Häuser wurden unter der Aufsicht des jüdischen Architekten Gustav Kasel errichtet, der ebenfalls Funktionär der SPD und der Gewerkschaften war. Auch besitzen sie eine zentrale Lage, da sie sich gegenüber des Stadions befinden, das später u.a. von der NSDAP als Aufmarschplatz genutzt wurde. Somit waren die Gebäude der Bevölkerung häufig vor Augen und deren Umdeutung für die Nationalsozialisten von besonderem Interesse. Die Änderung der „kulturbolschewistischen

²⁴ Schreiben des Regierungspräsidenten vom 4. Dezember 1936

²⁵ Schreiben der Ortspolizeibehörde an den Regierungspräsidenten, hier vom 22. März 1937

²⁶ Bauschein der Häuser Zeughausstrasse 27 und 28 vom 30. September 1937

²⁷ Waldemar Wolf 30 Jahresschrift der Gemeinnützigen Baugenossenschaft Trier-Nord (1931–1961)

Flachdächer“²⁸ und das hissen der Hakenkreuzfahne am „roten Ecken“ sind symbolische Machtdemonstrationen. Die organisierten Sozialisten wurden hiermit beschäftigt und zugleich diszipliniert.

Die Genossenschaft wurde durch verschiedene Repressalien der NSDAP eingeschüchtert und kontrolliert, in dem sie je ein Parteimitglied in den Vorstand und in den Aufsichtsrat schleuste. Sie versucht die Genossenschaft durch zusätzliche Forderungen und Schikanen in den wirtschaftlichen Ruin zu treiben. Doch da immer noch ein großes Wohnungsdefizit herrschte, war die Partei auf die Wohnungen der Genossenschaft angewiesen, und scheute die Eskalation des Konfliktes. Auch fand die Verleumdung des Juden in der Bevölkerung in vorherigen Aktionen nicht die gewünschte Resonanz wie in anderen Städten. Aus diesem Grund kam es auch zu keiner offensiven propagandistischen Verwertung, was sich darin zeigt, dass die ganze Aktion nicht im Nationalblatt propagiert wird.

Die Genossenschaft wehrte sich gegen die Schikanen, indem sie die NSDAP möglichst aus dem Vorstand soweit raushielt, dass sie die Beschlüsse im Interesse der Bewohner kontrollieren konnten. Sie sind nach innen wachsam und versuchen keinen Anlass für weitere Repressalien der Partei zu geben. Dies erklärt auch die spärlich knappen Protokolle und die erst späte Erwähnung der Aufstockung in den Protokollen. Dies führte auch dazu, dass die Bewohner der Häuser sich die Wahlergebnisse besorgten und nachrechneten, ob Mitglieder der Genossenschaft die Partei gewechselt hatten. Die Genossenschaft verzögerte den Umbau, indem sie erst vier Jahre nach der Aufforderung die Aufstockung beendet.

Diese Auseinandersetzung zwischen NSDAP und sozialistischer Genossenschaft verdeutlicht auch die Symbolik, die die Architektur für die politische Gesinnung einer Gruppierung erhalten kann.

5.1 Quellenlage

Es ist auffällig, dass sich in den Bauakten keinerlei Vermerke über die Aufforderung zur Änderung finden lassen²⁹. Die Akten sind offensichtlich sehr unvollständig. Auch in den Protokollen der Sitzungen des Genossenschaftsvorstands tauchen keinerlei Hinweise über die geplante Änderung auf, es werden im Wesentlichen nur Formalien festgehalten, z.B. Mitgliederzu- und -abgänge. Überhaupt wird die Aufstockung erst am 5.9.1936 zum ersten Mal in den Protokollen erwähnt, obwohl die Baugenossenschaft die Aufforderung schon vermutlich 1934 erhielt. Auch in der zeitgenössischen Presse finden sich keine weiteren Hinweise.

Die Schärfe des Konfliktes ist vor allem auf Grund der Schilderungen des Vorstandsmitgliedes Waldemar Wolf deutlich.

²⁸ Schimpfwort der NSDAP für das Neue Bauen

²⁹ Strassenakte= Akte, inder Baumassen der einzelnen Häuser einer ganzen Strasse enthalten sind

Bibliographie

Primär Quellen:

Protokollbuch der Baugenossenschaft Trier- Nord 1931-1938, Vorstand und Aufsichtsrat (BVT)

30 Jahresschrift der Baugenossenschaft Trier-Nord

75 Jahresschrift der Bau- und Vermietungsgenossenschaft Trier

Hausakte der Häuser Zeughausstrasse 27 und 28 und Kloschinskystrasse 99 und 100 (Bauaufsichtsamt)

Sammelakte der Zeughausstrasse (Stadtarchiv)

Trierer Landeszeitung 1937/38

Nationalblatt 1937 / 38

Sekundär Quellen:

Meyers grosses Taschenlexikon in 25 Bänden, Mannheim 2001

Www.wikipedia.de

Klaus Novy und Michael Prinz: Illustrierte Geschichte der Gemeinwirtschaft, Bonn 1985

Emil Zenz: die Stadt Trier im 20. Jahrhundert 1.Hälfte 1900-1950, Trier 1981

Emil Zenz: Chronik der Stadt Trier, Trier 1985

Gabriele und Lukas Clemens: Geschichte der Stadt Trier, München 2007

2000 Jahre Stadtentwicklung Trier Katalog zur Ausstellung, Trier 1984

Heinz Monz: Trierer Biographisches Lexikon, Trier 2000

Ausgrenzung und Verfolgung der jüdischen Bevölkerung:

<http://www.dhm.de/lemo/html/nazi/antisemitismus/ausgrenzung/index.html>

Städtische Wohnungspolitik in der Weimarer Republik 1918-1933, Antonia Freytag:
www.k-faktor.com/files/wohnen.pdf

Die NSDAP: <http://www.shoa.de/www.shoa.de/content/view/120/99/>

T. Rebmann / R. Weller Genossenschaftliches Bauen, Trier 1991

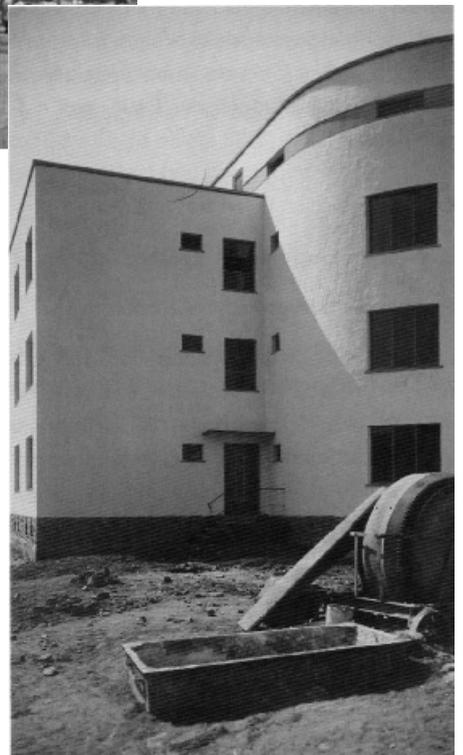
Befragung von Vertretern der BVT und Herrn May, einem ehemaligem Bewohner

Anhang

- I Die Entwicklung der Häuser zwischen 1931 und 1938 (Fotos)
- II Kollektivität der freigewerk. Genossenschaften und Individualismus der NS-Siedlerideologie (Klaus Novy / Michael Prinz, Illustrierte Geschichte der Gemeinwirtschaft, Bonn 1985)
- III DEWOG Siedlung / Siedlungsideal der Deutschnationalen (Liselotte Ungers , Die Suche nach einer neuen Wohnform ;Stuttgart 1983)
- IV Tätigkeit Trierer Baugenossenschaften (T. Rebmann / R. Weller, Genossenschaftliches Bauen, Trier 1991)
- V Gründungsmitglieder der Genossenschaft (75- Jahre gut und sicher wohnen BVT, Trier 2006)
- VI Der Dächerkrieg (Klaus Novy / Michael Prinz, Illustrierte Geschichte der Gemeinwirtschaft; Bonn 1985)
- VII - X Bauantrag zum Dachausbau vier- bzw. dreigeschossig(Hausakte)



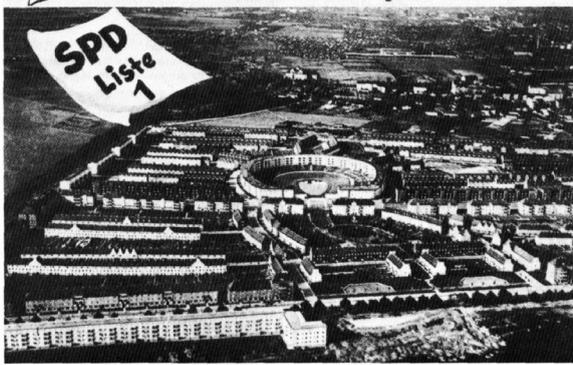
Zeughausstraße 27 / 28 – Kloschinskystraße 99 / 100



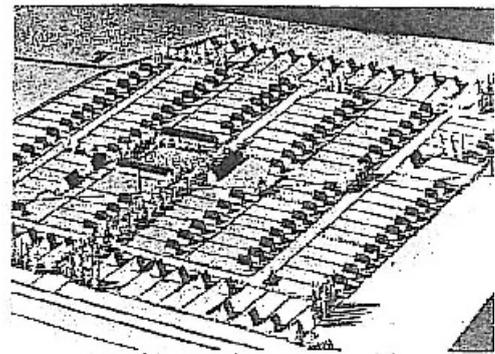
Zeughausstraße 27 (noch mit Flachdach)



Zeughausstraße 27 (nun mit Walmdach)



Hufeisensiedlung Berlin



1936 Modell einer
Volksiedlung, Siegesmodell
im Reichsleistungskampf,
1935.



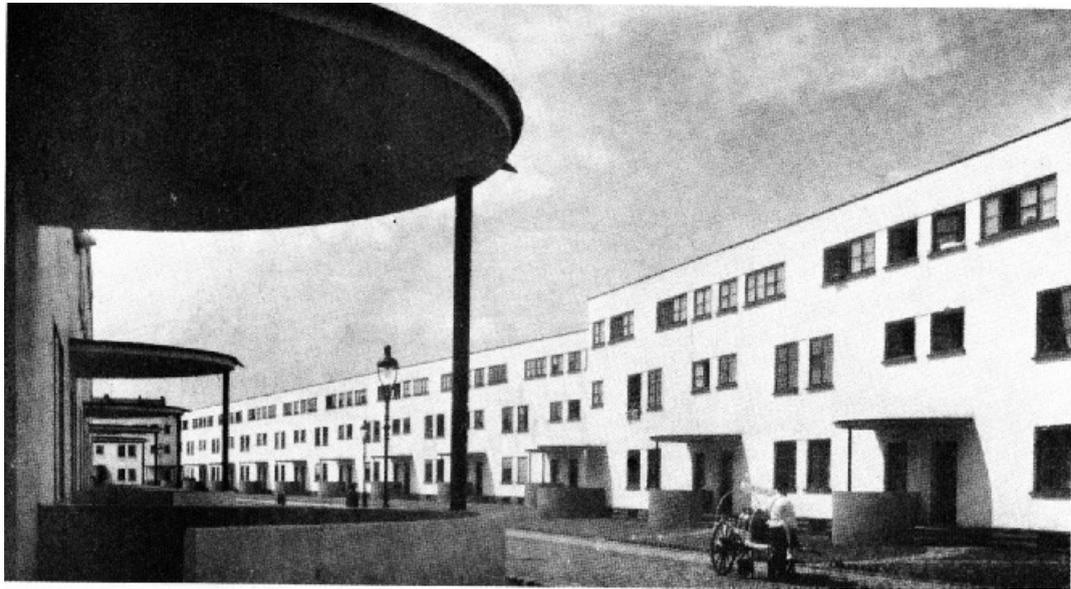
Neuers Bauen



Individualisierte Siedlerstellen, Ländlicher Prägung



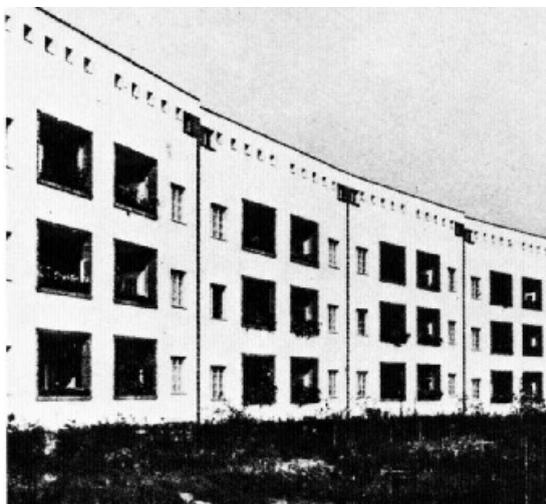
Diffamierung des Neuen Bauens durch die NS Propaganda



Siedlung von Ernst May(Lehrer von G. Kasel) in Frankfurt



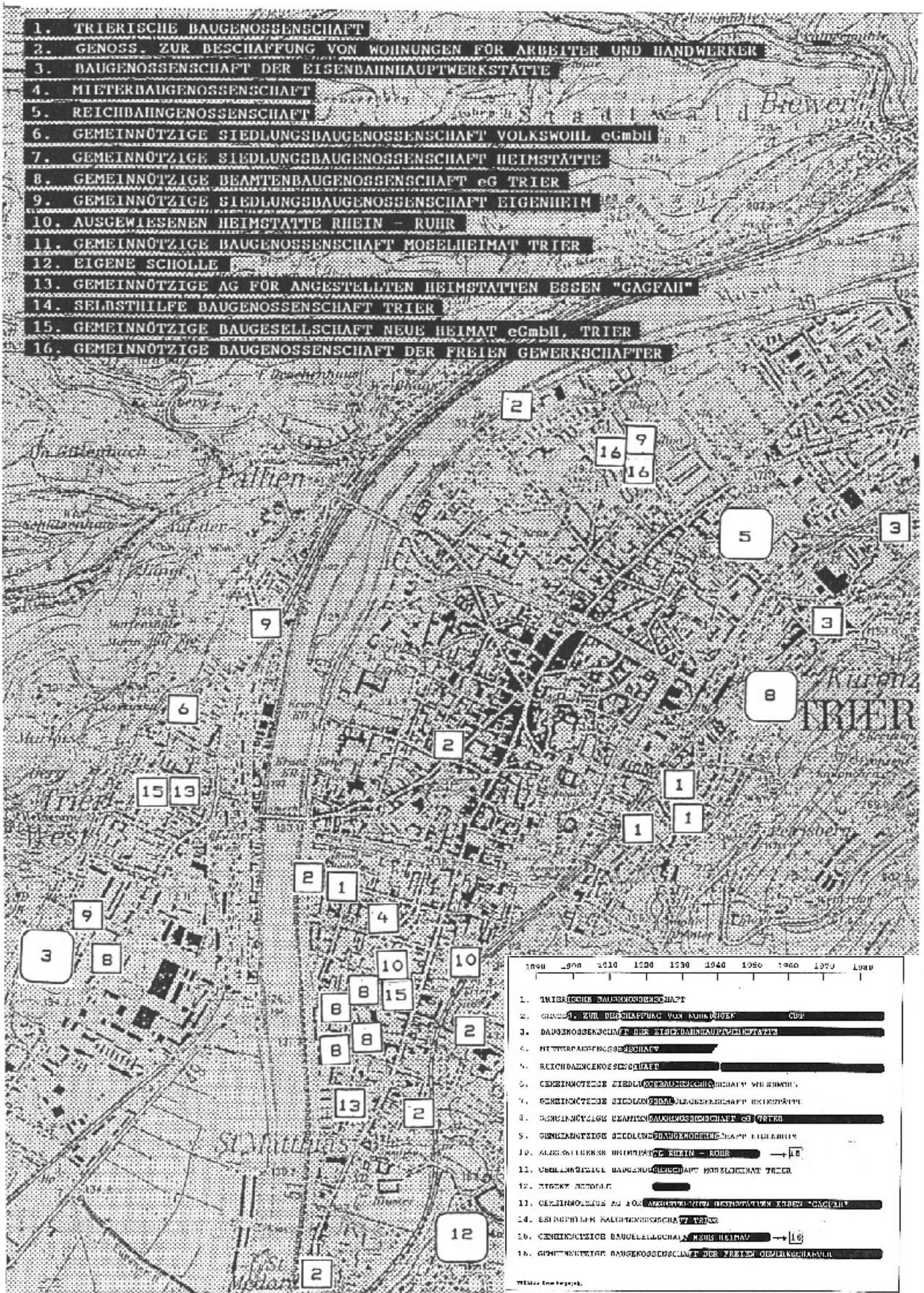
GAGFAH-Siedlung des deutschnationalen Handelsgehilfenverbandes



*Eckbau der Freien Scholle mit Verkaufsstelle
der Konsumgenossenschaft Berlin*



Typische Siedlungen des DEWOG-Verbandes



Personalien**Peter Jacobs**

geb. 7.6.1906 in Trier

gest. 10.1.1967 in Trier

Elektromonteur, Geschäftsführer des Deutschen Tabakarbeiterverbandes Trier,

1931 Mitbegründer und Vorstandsmitglied der Genossenschaft

1933 – 1967 Aufsichtsratsvorsitzender der Genossenschaft

1947-1951 Mitglied des Landtages RLP

1948-1967 SPD-Stadtrat in Trier

1949-1966 Mitglied des Deutschen Bundestages

1956 Mitglied der Beratenden Versammlung des Europarates

Träger des Bundesverdienstkreuzes



Peter Jacobs

Kurt Kirmse

geb. 18.9.1902 in Zschernitzsch/Schlesien

gest. 22.10.1977 in Bad Friedrichshall

Bauarbeiter, Angestellter des Deutschen Bauwerksbundes in Trier

1931-1933 Mitbegründer und Vorstandsmitglied der Genossenschaft

1933 arbeitslos, verlässt Trier, arbeitet wieder als Bauarbeiter

1948 Geschäftsstellenleiter der IG Bergbau und Energie in Stuttgart, später in Heilbronn

Mathias Nonn

geb. 26.7.1876 in Kaiserswerth/Düsseldorf

gest. 22.9.1945 in Bad Neundorf

Verputzer und Stukkateur, Gewerkschaftssekretär,

1926-1932 SPD-Abgeordneter im Preußischen Landtag

1931 Gründungsmitglied und Vorsitzender des Aufsichtsrates der Genossenschaft

1933 arbeitslos, verlässt Trier

Waldemar Wolf

geb. 3.9.1903 in Leipzig

gest. 9.12.1972 in Trier

Journalist und Schriftsteller, Redakteur der Trierer „Volkswacht“,

1931-1969 Mitbegründer und geschäftsf. Vorstand der Genossenschaft (seit 1950 hauptberuflich)

1933 Verhaftung, arbeitslos, dann Beschäftigung in einem Bauunternehmen.

1952-1969 SPD-Stadtrat

1959-1972 Verwaltungsrat der Stadtparkasse Trier

1969-1972 Vorsitzender des Aufsichtsrates der Genossenschaft

Träger des Bundesverdienstkreuzes, des Ehrenringes der Stadt Trier, der Freiherr-von-Stein-Plakette und der Dr.-Johann-Christian-Eberle-Medaille.



Waldemar Wolf

Gustav Kasel

geb. 12.12.1883 in Trier

gest. 1951 in Jerusalem

Architekt,

1929/30 Renovierung des Karl-Marx-Hauses in Trier

1931/32 Bau der ersten Häuser der Genossenschaft

1933 Auswanderung nach Palästina, Stadtbaumeister von Jerusalem

1950 Besuch in Trier



Gustav Kasel,
Architekt

Aus: BVT - 75 Jahre gut und sicher wohnen

Der „Dächerkrieg“

„Kollektive Architektur“

Die Siedlung Britz hatte vielleicht die größte Ursache ein Fest der Arbeit zu feiern. Sie hat als erste Siedlung die Arbeit in ihrer architektonischen Erscheinung zu einem kulturellen Wert gemacht. Dankbar müssen wir der Initiative des heutigen Stadtbaurats Martin Wagner gedenken, der diesen Plan der ersten Großsiedlung festhielt und mit ungebrochener Energie durchführte. Die Häuser, die daraufhin entstanden sind, sind alle hier zum ersten Male nicht mehr Häuser im individuellen Sinne, auch nicht mehr einzelne Baublöcke, sondern die Architektur ist hier der Ausdruck für die kollektive Arbeit an der Linderung der Wohnungsnot geworden. Was man früher Fassade eines Hauses nannte, erstreckt sich heute auf 300 Meter Länge und mehr, ja der Begriff Fassade ist verwandelt worden in eine neue Form, die das Ganze zusammenhält und die das wohnungstechnische Beste und Gesundeste einfach und unmittelbar zeigt.

Für diese Erweiterung des architektonischen Begriffs gab die Siedlung Britz den ersten Anstoß, und zwar in einer Form, die bei aller Ablehnung gegen flache Dächer und ähnliches „Moderne“ jeden mitreißen mußte und die auch heute die volle Anerkennung ihrer damaligen Feinde gefunden hat. Von dem ersten Abschnitt der Siedlung Britz um das „Hufeisen“ herum ging eine neue Bewegung des kollektiven Bauens aus; damit ist uns der Weg für die Weiterentwicklung geöffnet worden. Wir werden nicht ruhen, alle Einzelheiten des Wohnungsbaues, vom Fenster bis zum gesamten Block, zu immer größerer Vollkommenheit zu führen und damit auch das, was als kollektiver Gedanke sich auf die Betrachter und Bewohner von diesen Häusern überträgt. Die Architektur wird auf diese Weise zur Erzieherin, indem sie die Ideale unserer Zeit, vom Praktischen ausgehend, zu klarster und reinsten Form drängt, indem sie dem besten Streben unserer Zeit dient.“

(aus einer Siedlungszeitschrift)



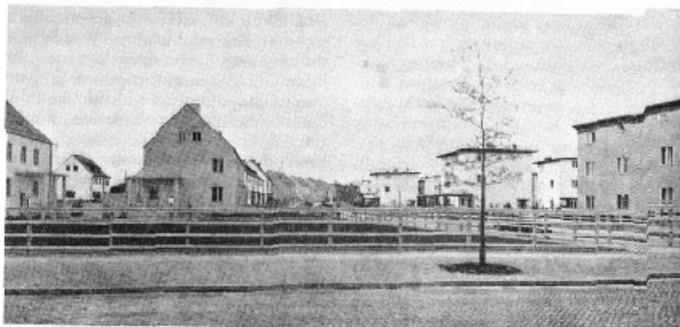
Zwei Seiten einer Straße: „Chinesische Mauer“ oder „Rote Front“ der freigesewerkschaftlichen Hufeisensiedlung in Berlin-Britz als zusätzliche symbolische Abgrenzung – neben dem Dächerkrieg – zur traditionalistischen, gleichzeitig gebauten DEGEWO-Siedlung für konservative Beamte (rechte Seite oben)

„Das Hufeisen“ der ersten freigesewerkschaftlichen Großsiedlung in Britz; Baubetreuung: GEHAG, Bauausführung: Deutsche Bauhütte, Siedlungsverwaltung: EINFA, Architekt: Bruno Taut, 1924/25. Vorne rechts Sitz der Siedlungsverwaltung, Gemeinschaftssaal, Verteilungsstelle der Konsumgenossenschaft



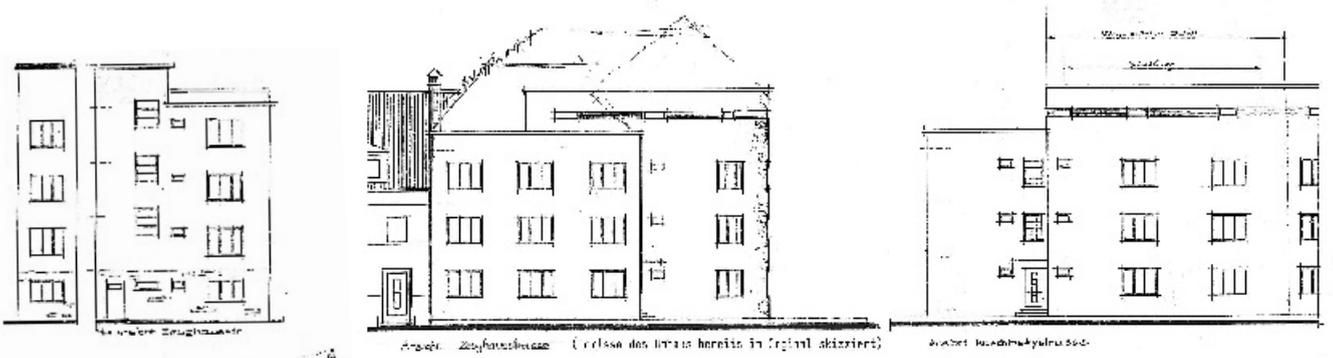
Dächerkrieg in Berlin-Zehlendorf

Rechts Flachdach-Siedlung der Gehag (von Hering, Salvisberg und Taut); modern und städtebaulich; links Steildach-Siedlung der Gahgah: Nachahmung des Bauernhauses. Originallegende aus Sigrind, Das Buch vom Bauen, 1930



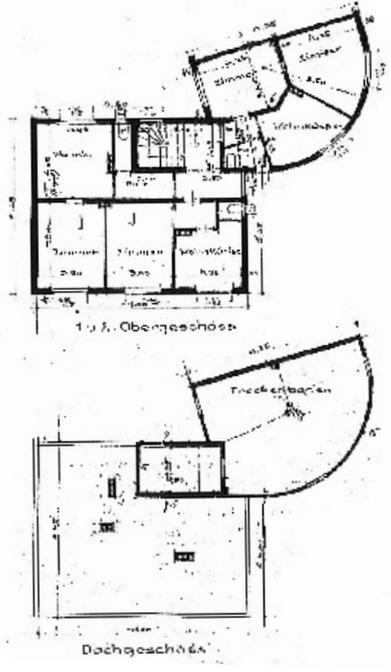
Anläßlich des Richtfestes der GAGFAH-Siedlung und des sich abzeichnenden „Dächerkrieges“ schrieb der SPD-nahe „Der Abend“ (1928) unter der Schlagzeile „Häuserbau, wie er nicht sein sollte! Ein verfehltes Experiment“:

„Im Februar dieses Jahres ertönte in der deutsch-nationalen Presse ein Friedensschrei. Die Gagjah, die aus den Versicherungsgeldern der Angestellten durch die Revolverversicherung für Angestellte finanziert wird, hatte sich entschlossen, auch im Berliner Außenwesen eine Siedlung zu errichten. An sich ein erfreuliches Vorhaben, denn es können nicht genug Wohnungen erbaut werden. Aber die Tatsache, daß es die deutsch-nationale Presse war, die, sonst durchweg unternehmerfreundlich, sich plötzlich für eine aus Kollektivmitteln zu errichtende Siedlung begeisterte, mußte doch seine guten Gründe haben. Zunächst sei gesagt, daß in der Gagjah, in der zwar alle bekannten Angestelltenverbände vertreten sind, der Deutsch-nationale Handlungsgehilfenverband die erste Geige spielt. Aber ein weiteres kam hinzu. Kurz zuvor hatte die Gehag in Zehlendorf durch Bruno Taut ihre zweite moderne Großsiedlung fertiggestellt, die in der gesamten Fachwelt des In- und Auslandes das größte Aufsehen erregt hatte, und sowohl im „Abend“ als auch im „Vorwärts“ eingehend gewürdigt worden ist. Diese Siedlung aber, die plötzlich in das bis dahin nur dem größtenteils deutsch-nationalen Reichtum vorbehaltene Zehlendorf eine große Menge kleiner und mittlerer Existenzen warf, daß das öffentliche Leben einen fast hörbaren Ruck nach links bekam, war der reaktionären Zehlendorfer Bezirksleitung und ihrem Bürgermeister Schelmacher ein Dorn im Auge. Zwischen der neuen Siedlung und einem vorhandenen schmalen Parkstreifen lag ein Gelände, von dem die Bevölkerung ursprünglich annahm, daß es zur Verbreiterung des recht schmalen Parkstreifens dienen sollte. Stattdessen ließ die Bezirksverwaltung es zu, daß sich in diesen Streifen hinein die Gagjah mit ihren Häusern klemmte.“ (aus: Werk und Zeit, Heft 4, 1927)



Ansch. Zweigeschoss. (Erdges. des Hauses bereits in (rot) skizziert)

Ansch. hochgeschloss.



DEWOG
Deutsche Wohnungsfürsorge A.G. Zweigbüro Rhein-Westf.
Bauvorhaben in Trier
Baubeschnitt 1 PL.

Gorges & Horsch
Elektronen
Arch & Tiefbau
TRIER, Sprengstr.

Das Grundstück ist...
Die Zeichnung...
Gorges & Horsch
Elektronen
Arch & Tiefbau
TRIER, Sprengstr.

DEWOG
GUSTAV KASEL
I. MERK & WOSLE

DEWOG
Deutsche Wohnungsfürsorge A.G. Zweigbüro Rheinland-Westfalen

Bauvorhaben in Trier
Baubeschnitt 1 PL.

Gorges & Horsch
Elektronen
Arch & Tiefbau
TRIER, Sprengstr.

1. u. 2. Obergeschoss
Dachgeschoss

Grundriss u. Schnitt
Maßstab 1:400
Essenden 1.10.34

Bauherr
Bauleitungs
Berechnung
GUSTAV KASEL
I. MERK & WOSLE

Originalplan

